

Andrea Ypsilanti, MdL

Vorsitzende der SPD Hessen

**REDE ZUM LANDESPARTEITAG DER SPD HESSEN  
AM 2. DEZEMBER 2006 IN ROTENBURG AN DER  
FULDA**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die meisten von Euch werden den heutigen Tag mit Spannung erwartet haben - - ich übrigens auch.

Mit eurer Entscheidung heute beginnt für uns der Landtagswahlkampf 2008.

Jetzt wird es ernst.

Ab heute gilt's.

Wir wollen und wir werden das sozialdemokratische Stammland Hessen zurückgewinnen.

Nicht für die SPD - sondern für die Menschen in diesem Land. Bei allem internen Wettbewerb war immer klar – es geht uns um Hessen. Hessen hat eine bessere Regierung verdient als Koch und seine CDU!

- Unser Ziel ist der Wahlsieg 2008, und dafür sind wir gut aufgestellt.
- Wir haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir es wissen wollen.
- 7000 Genossinnen und Genossen stehen schon jetzt auf dem Platz.
- Wir brauchen einen jeden davon.

Denn die Person an der Spitze kann die Wahl allein nicht gewinnen. Aber die Spitzenperson macht den entscheidenden Unterschied aus.

Ihr trefft heute die Entscheidung. Wer an die Spitze will, sollte deshalb seine Grundsätze und die politischen Maßstäbe für sein Handeln darlegen. Das will ich tun.

SPD war immer dann stark, wenn sie über den Tellerrand geschaut hat,

- wenn sie der Zeit vorausgedacht hat,
- wenn sie mutig genug war, um Probleme, Lösungen und Ziele zu beschreiben, die
- sich vielleicht erst ganz zart am Horizont abgezeichnet haben. Denkt an August Zinn und seinen Hessenplan.
- Wenn sie neben dem Klein-Klein des Alltags auch die große Linie des Gesamtbildes gezeigt haben
- Und wenn sie entschlossen politische Widerstände überwunden hat, wie Willy Brandt mit seiner Ostpolitik.

Ich will diese Stärke der Sozialdemokratie wieder wecken!

Ich will die Lebendigkeit unserer Partei wieder spüren!

Ich will, dass ihr sie spürt!

Wir Sozialdemokraten haben es nicht nötig, dem neoliberalen Zeitgeist hinterherlaufen.

Wir wissen: Es gibt Alternativen und diese Alternativen sind machbar. Deshalb geht es bei der Landtagswahl um mehr - um mehr als einfach nur Roland Koch abzulösen!

Mir geht es um einen grundsätzlichen Politikwechsel. Deshalb brauchen wir den Regierungswechsel. erinnert euch: Als linke Volkspartei haben wir Sozialdemokraten Hessen jahrzehntelang nach vorn gebracht. Unser Land hatte großen wirtschaftlichen Erfolg mit seinen industriellen Zentren und seiner mittelständischen Wirtschaft. Es war bundesweit das Vorbild für soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen. Es gilt als Hüter des demokratischen Rechtsstaates. Es war Sinnbild für demokratischen Gemeinsinn und freiheitliche Kultur.

Für diese Geschichte stehen die politischen Leitfiguren wie Georg August Zinn und Holger Börner, aber auch bundesweit geachtete Namen wie der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der frühe Atomenergiekritiker und Bundestagsabgeordnete Karl Bechert, Margarethe und Alexander Mitscherlich, Theodor Adorno und Max Horkheimer, Horst Eberhard Richter und der erst im Sommer verstorbene Schriftsteller Robert Gernhard.

Warum sage ich das?

Weil die hessische Erfolgsgeschichte beweist:

Es ging nie nur einseitig um die Ökonomie.

Es ging immer um Vielfalt und Ganzheitlichkeit.

Es ging um eine umfassende demokratische Gesellschaftspolitik!

Und heute?

Durch bald acht Jahren Regierung Koch gab es in Hessen großen sozialen Rückschritt.

Koch hat mit seiner Sozial-, Bildungs- und Hochschulpolitik das Land gespalten.

Seine neoliberale Wirtschaftspolitik ist Kommunal- und mittelstandsfeindlich und hat die hessische Wirtschaft zurückgeworfen:

- Mehr Schulden
- Mehr Ausbildungsnot,
- mehr Auslese an den Schulen,
- mehr Belastungen für Studierende,
- mehr Steuerungerechtigkeit,
- mehr Arbeitslosigkeit!

(Kochs Politik) Diese Politik ist vielleicht gut für Millionäre, sie ist garantiert schlecht für Millionen Menschen in diesem Land. Die dogmatische neoliberale Politik ist, wie überall auf der Welt, am Ende. Sie hat nichts von dem gehalten, was sie versprochen hat. Die Menschen lassen sich immer weniger davon blenden.

Es ist ein Trugschluss, dass es keine Alternative zur neoliberalen Politik gebe, und eine an sozialen Werten ausgerichtete Politik altmodisch sei.

Die Menschen brauchen wieder eine Perspektive der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Das Wort „Reformen“ muss wieder die Bedeutung bekommen, die es zu Willy Brandts Zeiten hatte: „Reformen müssen für die Mehrheit der Menschen zu besseren Lebensverhältnissen führen.“ Bessere Lebensverhältnisse – das muss der Maßstab für Reformen sein. Mit Politik nach diesem Maßstab sind wir auch wieder mehrheitsfähig.

Dies gilt auch in Hessen.

Um in Hessen zu gewinnen, reicht es nicht, einen Wahlkampf gegen Koch zu machen und ihm seine schlechte, unsoziale Politik vorzuwerfen.

Natürlich werden wir thematisieren, dass es eine Schande ist, ein Schloss zu kaufen und gleichzeitig Frauenhäuser zu schließen.

Natürlich werden wir ihm vorhalten, dass er der größte Vernichter von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst ist.

Wir werden ihm zeigen, dass er Familienpolitik nicht ernst nimmt, weil er die Arbeitszeit auf 42 Stunden erhöht.

Wir werden den Menschen selbstverständlich sagen, dass es ein Skandal ist neue Atomkraftwerke in Aussicht zu stellen, ohne dass es ein Endlager auch nur für den heutigen giftigen Müll gibt!

Genossinnen und Genossen, all das werden wir ihm und den Wählerinnen und Wählern sagen.

Genossinnen und Genossen, aber das allein wird nicht für eine Mehrheit bei den Wahlen reichen. Diese bittere Erfahrung haben wir doch vor vier Jahren gemacht. Um auf lange Sicht mehrheitsfähig zu sein, reicht es nämlich nicht, nur zu sagen was falsch läuft. Man muss auch deutlich zeigen, in welcher Richtung es besser gehen wird. Man muss Orientierung geben und Vertrauen wecken, dass man den Weg auch schafft. Was wir dazu brauchen, sind klare und neue Konzepte.

Und für neue Konzepte braucht man manchmal Mut, und wir haben den Mut.

- Dazu gehört es, politische Konzepte zu vertreten, die nicht künstlich und nach
- Ressortdenken voneinander abgeschottet sind
- Wir brauchen Politikbereiche, die sich aufeinander beziehen und die sich aufeinander verlassen können.

Dazu will ich euch zwei Beispiele nennen.

Das eine Beispiel betrifft die auf einander bezogene Bildungs- und Familienpolitik. Das andere ist eine integrierte Wirtschafts-, Energie- und Arbeitsmarktpolitik.

Zum ersten Beispiel, liebe Genossinnen und Genossen: Wir brauchen eine integrierte Familien- und Bildungspolitik!

Wer - wie diese Landesregierung - meint, man macht Bildungspolitik nur in der Schule und Familienpolitik nur für das Kinderzimmer, der hat die grundlegenden Zusammenhänge nicht verstanden! Mit Ansätzen von vorgestern lassen sich die Probleme von morgen nicht lösen!

Was meine ich damit?

Wir brauchen eine gerechte Bildungspolitik – das sind wir unseren Kindern schuldig. Nur diese führt zu kreativen freien und leistungsfähigen Menschen, nur sie macht aus unseren Kindern kritikfähige und demokratische Staatsbürger.

Nicht nur als Politikerin – sondern hautnah als Mutter erlebe ich das Versagen dieser Landesregierung in der Bildungspolitik. Wir haben

- zu wenige Lehrer
- zu volle Klassen
- Schulschließungen
- Auslese in der vierten Klasse: Die Vermessenheit, schon bei einem Kind von 10 Jahren zu beurteilen, ob es Müllmann oder Pilotin wird.

Das ist nicht nur ungerecht gegenüber unseren Kindern– es ist auch ökonomisch unsinnig.

Wir, die SPD in Hessen, werden alles dafür tun, dass jedes Kind individuell gefördert wird, um seine Stärken erkennen zu können. Weil wir auf diese Fähigkeiten nicht mehr verzichten

können: In Zeiten des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels können wir auf kein Talent mehr verzichten!

Deshalb muss der Weg zu weiterführenden Schulen immer offen bleiben – egal wie die soziale Herkunft ist, wie dick der Geldbeutel der Eltern ist oder ob diese bei den Hausaufgaben helfen können. Dazu gehört die frühkindliche Erziehung und dazu gehören echte Ganztagschulen.

Das ist gemeint mit einer Integrierten Bildungs- und Familienpolitik. Müttern und Vätern, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, ist es wichtig, dass ihre Kinder nicht nur untergebracht werden. Wenn sie berufstätig sind, wollen sie mit einem guten Gefühl die Kinder in den Kindergarten und die Ganztagschule schicken. Sie wollen kein schlechtes Gewissen, sich die ganze Zeit fragen: „Wer kümmert sich um meine Kinder?“ Sie wollen nicht das Rabenmutter-Problem haben. (da weiß ich wovon ich rede?) Sie wollen Qualität in diesen Einrichtungen, und das dürfen sie auch erwarten.

- Mehr Betreuungsplätze für unter 2jährige
- Kindertagesstätte mit frühkindlichem Bildungsangebot
- Ganztagschule mit pädagogischem Angebot
- Lange gemeinsames Lernen um alle Kinder mitzunehmen
- Durchlässigkeit des Bildungssystems und der bestmögliche Abschluss für jedes Kind.

Die Kinder in den Mittelpunkt stellen und die Bedürfnisse der Eltern dabei ernst nehmen, das muss zusammengehören.



Ich komme zum Zweiten Beispiel:

Integrierte Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik

„Wirtschaftspolitik ist für die Wirtschaft da“ erklärte einmal der letzte FDP-Wirtschaftsminister. Koch und die CDU würden das sofort unterschreiben. Als „Wirtschaft“ verstehen CDU und FDP die Unternehmen und ihre Verbände – und bei „Unternehmen“ sehen sie immer nur die Eigentümer und Spitzenmanager. Diese Sicht ist verengt und führt zu einer verengten und falschen Politik.

Denn zur Wirtschaft gehören genauso die vielen Arbeitnehmer, die Betriebsräte und ihre Gewerkschaften. Dazu gehören die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen und die natürliche Umwelt, aus der die Ressourcen kommen. Wirtschaft sind wir alle. Der Sinn von Wirtschaft ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Wirtschaft ist für die Menschen da, und nicht umgekehrt. Dies, Genossinnen und Genossen, sind die wesentlichen und richtigen Gegensätze zwischen denen man sich heute entscheiden muss.

Es stimmt eben nicht, dass es keinen Unterschied zwischen sozialdemokratischer oder neoliberaler Wirtschaftspolitik geben könne, sondern nur einen zwischen moderner oder unmoderner Wirtschaftspolitik.

Wir haben gesehen, wohin das führt.

Es gibt eben doch einen wesentlichen Unterschied bei der Wirtschaftsordnung zwischen sozial und unsozial, zwischen ökologisch und umweltschädlich und zwischen nachhaltig und kurzfristig.

Unsoziales und umweltschädliches Wirtschaften ist inhuman und kurzsichtig. Hier müssen wir zeigen, wo wir stehen, nämlich auf der Seite der lohnabhängig Beschäftigten, also der Mehrheit der Menschen.

Die Zukunft kann nicht darin liegen,

- dass es immer mehr Konzerne gibt, die keinem Gemeinwohl mehr verpflichtet werden können,
- dass immer mehr Beschäftigte für Billiglöhne arbeiten
- dass solche Konzerne die soziale Marktwirtschaft zu einer privaten Monopolwirtschaft verstümmeln,
- dass wichtige Entscheidungen für unsere Entwicklung immer mehr in der Hand anonymer Aktionäre liegen; denen es ausschließlich um kurzfristige Rendite geht;
- dass deren Manager das Schicksal ihrer Arbeitnehmer gleichgültig ist;
- und dass sie die Ressourcen ohne Rücksicht auf Umwelt und Gesundheitsschäden
- und die nächsten Generationen ausbeuten.

Das ruiniert Gesellschaft, Natur und sogar die Wirtschaft selbst.

Mein Verständnis von Wirtschaft ist das nicht, und es darf auch nie eines der SPD werden.

Wir brauchen eine Wirtschaft,

- die den Menschen Löhne zahlt, von denen sie leben können
- in der Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte sichergestellt sind
- die den Mittelstand und die Regionen fördert und stabilisiert, statt allein auf Globalisierung zu setzen
- die die Kommunen in ihrer Finanzausstattung stärkt, damit sie mit ihrer Infrastruktur nicht weiter unter Verkaufszwang stehen.
- Und wir brauchen eine Wirtschaft, die in ihrer gesamten Breite ressourcen- und umweltschonend wird.

Und das will ich ganz konkret beschreiben

Schon jetzt liegt in Deutschland das jährliche Investitionsvolumen für erneuerbare Energien bei über zehn Milliarden Euro im Jahr. Aber an uns in Hessen geht diese Entwicklung weitgehend vorbei, weil die Landesregierung Standortgenehmigungen massenhaft willkürlich verweigert.

Koch blockiert eine zukunftssträchtige Entwicklung für Hessen!

Auf meine Bitte hat Hermann Scheer, Träger es alternativen Nobelpreises, für den Landesvorstand eine Studie „Neue Energie für ein atomfreies Hessen“ erarbeitet.

Damit haben wir eine politische Arbeitsgrundlage für eine Wirtschafts-, Energie- und Umweltoffensive in Hessen, wie sie noch kein anderer Landesverband hat. Hermann Scheer wird auch mit mir Wahlkampf machen.

Schon gibt es den Plan für die Solarregion Nordhessen. Im Lauf von vier Jahren können in Hessen – eine mutige Förderung der erneuerbaren Energien vorausgesetzt – über 40.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Für den Wahlkampf ist das ein Gewinnerthema. 80% der Menschen sind für den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Atomenergie und fossile Energien werden mehrheitlich von der Mehrheit als nicht zukunftstauglich abgelehnt.

Erneuerbare Energien sind das größte denkbare Mittelstandförderungsprogramm. Sie bringen Wertschöpfung in die Regionen und eine neue Chance in die Landwirtschaft. Sie sind eine große neue Aufgabe für die kommunalen Stadtwerke.

Dagegen stellen sich nur die Energiekonzerne, die sich gegen den Strukturwandel zu erneuerbaren Energien sperren und sich dabei auf politische Schutzpatrone wie Herrn Koch stützen. Dies ist rückwärtsgerichtet und falsch.

Es geht nicht nur um Arbeitsplätze und Umwelt. Es geht tatsächlich um die Zukunft kommender Generationen.

Erneuerbare Energien sind gesellschaftliche  
Zukunftssicherung.

Liebe Genossinnen und Genossen, das waren zwei Beispiele,  
wie wir in Hessen Besseres für die Menschen erreichen  
können. Keine Utopien, sondern konkrete Ansatzpunkte;  
keine marginalen Kleinigkeiten, sondern eine grundlegend  
andere Richtung.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Richtung, in die  
ich Euch führen will.

Ich will mit Euch gemeinsam dieses Land so gestalten, dass es  
für die Eltern, für die Kinder, für die Arbeitnehmer und für die  
Mittelständler in Hessen wieder besser wird.

Aber was ist unser Problem?

Unser Problem ist die wachsende Wahlmüdigkeit. Wir schaffen  
es nicht mehr gleichzeitig unsere Stammwähler und die  
aufgeklärte Mittelschicht für uns zu mobilisieren. Wir sind Teil  
einer sich ausbreitenden Parteien- und Politikverdrossenheit.  
Was ist die Ursache dafür?

Genossinnen und Genossen, für mich ist der Kern dieses  
Problems ganz offensichtlich: Die Ursache liegt in erster Linie  
darin, dass immer mehr Menschen die Parteien als nicht mehr  
unterscheidbar und somit als austauschbar wahrnehmen.  
Menschen können Politiker nicht mehr unterscheiden und sie

haben kein Vertrauen mehr, dass es wirklich besser wird.

Dies müssen wir ändern.

Damit die Menschen wieder wählen gehen, müssen sie die Unterschiede zwischen den Parteien und ihren Politikern erkennen. Dies gelingt nur mit einer klar erkennbaren Kontur und einer Zuspitzung der sich gegenüber stehenden Positionen.

Es gilt vor allem, den Kontrast zwischen uns und dem Hauptgegner, der Koch-CDU, herauszustellen

- Die Mehrheit der Menschen will Steuergerechtigkeit, so wie wir. Sie wollen nicht, dass man die kleinen Steuersünder bestraft und die Einkommensmillionäre laufen lässt – so wie es die Koch-Regierung tut.
- Die Mehrheit der Menschen will gleiche Bildungschancen für jedes Kind, so wie wir. Sie wollen keine Bildungspolitik erster und zweiter Klasse, so wie Koch's CDU sie betreibt.
- Die Mehrheit der Menschen will erneuerbare Energien statt Atomkraft und fossile Energien, so wie wir. Sie wollen keine neuen Atomkraftwerke mit ihren Risiken und 100.000 Jahre strahlenden Atommüll, so wie Koch.
- Die große Mehrheit der Menschen will eine Reform des Sozialstaates, um ihn erhalten zu können, so wie wir. Sie wollen keine Privatisierung von Lebensrisiken, so wie Roland Koch.
- Die Mehrheit der Menschen will, dass Bildung, Gesundheit, Sparkassen, Verkehr, Wasser und Strom in öffentlicher Hand bleiben – so wie wir es wollen!
- Die Menschen wollen keinen Ausverkauf durch

Privatisierung, so wie Koch ihn betreibt.

Diese Mehrheiten existieren schon heute, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen diese Mehrheiten aber auch zur Wahlurne bringen und in Stimmen für die SPD umsetzen.

Wie kann das gehen?

Ich will es Euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir müssen wieder klare Kante zeigen. Wir brauchen Profil und wir brauchen den Mut zur Zuspitzung. Wir haben bei der Landtagswahl eine Chance, wenn es gelingt, das Potenzial der SPD voll auszuschöpfen. Ich weiß, dass wir nicht nur mit unseren Stammwählern die Wahl gewinnen können. Aber ohne Stammwähler verliert man Wahlen. Deshalb müssen wir zu allererst unsere Stammwähler motivieren, deren harter Kern unsere eigene Mitgliedschaft ist. Sie erwarten von uns eine konsequente Haltung für soziale Gerechtigkeit und Zukunftssicherung. Diese Anforderung an Politiker ist aber nicht auf unsere Stammwähler begrenzt. Sie reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Die problembewussten, aufgeklärten Wählerinnen und Wähler, die oft als Mitte bezeichnet werden, und unser Stammwähler haben beide gemeinsame Wahlmotive wie gesellschaftliche Mitverantwortung, Frieden und Toleranz. Ich traue mir zu, unsere Stammwähler zu erreichen. Aber nicht nur die, sondern

weit darüber hinaus. Auch die Frauen, die gerne eine Frau in der Spitze sehen wollen, auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, die uns bei der letzten Wahl nicht gewählt haben, auch Teile der enttäuschten Grünwähler, die mit dem schwarz-grünen Schmusekurs nicht einverstanden sind.

Warum habe ich dieses Zutrauen?

Weil es diese Gruppen sind, die mich schon heute breit unterstützen, liebe Genossinnen und Genossen.

Eine klare Alternative, mutig und neu ist es, wenn die hessische SPD mit einer Frau in den Wahlkampf geht.

Liebe Genossinnen und Genossen, seit ich meine Kandidatur angemeldet habe, sind immer wieder dieselben skeptischen Fragen gestellt worden. Ich nehme diese Fragen nicht persönlich, weil sie jeder Frau gestellt werden, die eine Führungsfunktion beansprucht. Es heißt: Kann die Frau das? Ist sie kompetent? Das haben sich die französischen Genossen vor der Nominierung ihrer Spitzenkandidatin auch gefragt. Und dann haben sie eine Frau gewählt. So mutig, wie die französischen Genossen, können die Hessen auch sein. Ségolène Royal antwortete auf die Frage nach ihrer politischen Kompetenz „Ich verstehe etwas vom Leben, also verstehe ich auch etwas von der Politik.“ Sie hat Recht.

Was ist denn politische Kompetenz, Genossinnen und Genossen?



Das ist neben politischem Sachverstand auch Mut. Dass ich Mut habe zu neuen Ideen und neuen Konzepten, das habe ich mit der solidarischen Bürgerversicherung, mit dem Haus der Bildung, mit unserem Energieprogramm für Hessen bewiesen. Politische Kompetenz ist Glaubwürdigkeit und Durchhaltevermögen. Ihr wisst, dass ich die Position, die ich heute vertrete, schon immer vertreten habe, und dass ich politische Positionen durchgehalten habe, auch wenn sie noch nicht in der gesamten Partei mehrheitsfähig waren – auch wenn mir der Wind dabei mal hart ins Gesicht geblasen hat.

Kompetenz ist Lebenserfahrung.

- Aus langer Berufstätigkeit weiß ich, dass man um seine Rechte als Arbeitnehmer
- immer wieder kämpfen muss.
- Ich weiß auch, was Angst um den Arbeitsplatz bedeutet.
- Und ich weiß, was es heißt, Politik und Familie zu vereinbaren.

Politische Kompetenz ist auch Ausdauer und der Wille zu kämpfen. Uns Sozialdemokraten ist noch nie etwas geschenkt worden. Wir mussten uns alles erkämpfen.

Und erst recht diejenige, die es als Frau an die Spitze schafft, weiß, was Kampf ist.

Sozialdemokratisch sein, ist für mich Lebensüberzeugung.

Deshalb bin ich Mitglied der SPD geworden. Unsere Grundwerte - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – haben eine dauernde Bedeutung für mich.

Das sind keine Altertümer.

Diese Grundwerte sind Grundbedürfnisse der Mehrheit der Menschen.

Unsere Grundwerte entsprechen den Grundrechten unserer Verfassung, die mit dem Satz beginnt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und darin heißt es auch, Eigentum ist dem Wohle der Allgemeinheit verpflichtet.

Diese Worte stehen nicht unter dem Vorbehalt, dass sie sich am Markt „rechnen“ oder wettbewerbsfähig sind. Würde dies zum Gedankengut der SPD, würde unsere Partei ihren Sinn und ihren historischen Auftrag verlieren.

Mehrheiten für ein die SPD entstehen wieder, wenn wir selbst unsere Grundwerte glaubwürdig und selbstbewusst vertreten.

Holger Börner hat 1978 in seinem ersten erfolgreichen Wahlkampf folgendes gesagt:

„Hessen ist unter den deutschen Ländern ein Vorbild an innerer Liberalität, an Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Problemen, in der Förderung des Gemeinwohls und in der Entwicklung sozialer Gerechtigkeit.“

Koch hat diese Vorbildfunktion verspielt. Unser Land wird jetzt unter Wert regiert. Als Ministerpräsidentin möchte ich an die Tradition Holger Börners anknüpfen.

Für ein besseres Hessen - solidarisch und zukunftsfähig.

Dafür möchte ich gemeinsam mit Euch kämpfen

- mit Profil und Programm
- mit Herz und Verstand.